

AUSTRALIEN

Null Toleranz

Verdeckte Ermittler, Hundestaffeln und berittene Beamte – die Polizei geht dieser Tage hart gegen Alkohol-Exzesse vor. Tausende Ordnungshüter werden auch über Silvester und Neujahr in den Vergnügungsvierteln von Perth, Canberra und Sydney patrouillieren. „Wenn du ausgehen willst, um dich zu besaufen, wenn du dich rumprügeln und das Eigentum anderer beschädigen willst, ist für dich kein Platz auf der Straße“, kündigte der Sydneyer Polizeikommissar Andrew Scipione hartes Durchgreifen an. Jede Woche sterben in Australien etwa 60 Menschen bei Prügeleien oder anderen Gewaltakten, die unter dem Einfluss von Alkohol stattfinden; 1500 Trinker und ihre Opfer müssen im selben Zeitraum ins Krankenhaus eingeliefert werden. Besondere Sorge macht der Polizei, dass immer jüngere Männer und Frauen durch exzessives Trinken auffallen. „Der lässige Umgang unserer Gesellschaft mit der



Trinkender Australier

Trinkerei zerstört Leben“, sagt Alan Morrison vom Rettungsdienst in der Provinz New South Wales. Dabei liegen die Australier beim Pro-Kopf-Konsum von zehn Litern reinem Alkohol sogar einige Plätze hinter den Deutschen.

TERRORISMUS

Asyl in Massachusetts

Die amerikanische Universitätsstadt Amherst hat als erste US-Gemeinde angeboten, freigelassene Guantanamo-Häftlinge aufzunehmen, die nicht zurück in ihre Heimatländer können. Die Stadtversammlung des 35 000 Einwohner zählenden Ortes im Bundesstaat Massachusetts sprach sich dafür aus, den Ex-Gefangenen in Amherst ein Leben in Freiheit zu ermöglichen. Einzige Voraussetzung: Sie müssen vom Terrorverdacht freigesprochen worden sein. Dem vorausgegangen war die Initiative einer 82-jährigen ehemaligen Hochschullehrerin: Ruth Hooke sam-



Islamistische Rebellen

PHILIPPINEN

Milizen außer Kontrolle

Ein knappes halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen eskaliert auf Mindanao, der zweitgrößten Insel des südostasiatischen Archipels, die Gewalt. Ende November massakrierte die Privarmee des Gouverneurs von Maguindanao, Andal Ampatuan, mindestens 57 Menschen, darunter 30 Journalisten, um die Kandidatur eines unliebsamen Konkurrenten zu verhindern. Seitdem herrscht Krieg zwischen der Armee und der Truppe des Großgrundbesitzers. In der vergangenen Woche nun rebellierten Milizionäre im Nordosten der Insel. Als Regierungssoldaten wegen Mordes gesuchte Angehörige einer Privarmee in der Provinz Agusan del Sur verhaften wollten, brachten Bandenmitglieder zunächst 125 Bewohner der Ortschaft San Martin in ihre Gewalt. Über Waffen verfügen die Aufständischen reichlich: Jahrelang wurden die Milizen der Großgrundbesitzer von der Regierung mit Kriegsgeschütz ausgerüstet – hauptsächlich für den Kampf gegen kommunistische oder muslimische Rebellen. Manilas Truppen führen inzwischen Krieg an mehreren Fronten: Auf den Islamisteninseln Jolo und Basilan treiben sie seit Monaten eine Offensive gegen Mitglieder der Terrorgruppe Abu Sayyaf voran, die erst in der letzten Woche eine Geisel enthaupteten. Ungelöst ist auch der Konflikt mit der Moro Islamic Liberation Front. Die Muslimguerilla verfügt über einige tausend bewaffnete Kämpfer. Im vergangenen Jahr gerieten Friedensgespräche ins Stocken, immer noch befinden sich allein auf Mindanao rund eine halbe Million Menschen auf der Flucht.



Hooke

melte auf dem örtlichen Bauernmarkt die erforderlichen 100 Unterschriften für eine Eingabe bei der Stadt. Die Stadtversammlung stimmte mehrheitlich für das Vorhaben und forderte damit den US-Kongress auf, künftig zu erlauben, dass Häftlinge aus Guantanamo

auf amerikanischen Boden entlassen werden. Ruth Hooke hatte bereits im Jahr zuvor im orangefarbenen Overall vor dem Obersten Gerichtshof für die Schließung des Gefangenenlagers demonstriert: „Wir haben diese Leute all die Jahre eingesperrt, in unserem Namen, in meinem Namen. Unsere Regierung hat das getan.“ Die 72 Quadratkilometer von Amherst gehören zu den liberalsten Flecken Amerikas. Die Bewohner hatten schon gegen Menschenrechtsverletzungen des Apartheid-Regimes in Südafrika und in Darfur protestiert. Es sei eine Frage der Gerechtigkeit und Verantwortung, jetzt Gefangene aus Guantanamo aufzunehmen, begründet Aktivistin Hooke ihre Aktion.